

70 Jahre WSI – 70 Jahre arbeitnehmerorientierte Wissenschaft

Vor 70 Jahren wurde auf Initiative von Hans Böckler und Viktor Agartz das heutige Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut (WSI) gegründet. Seitdem steht es wie kein anderes Institut in Deutschland für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft. Im Laufe seiner Geschichte erlebte das Institut immer wieder Veränderungen und Umbrüche, um den jeweils drängenden ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Problemen gerecht zu werden. Zugleich entwickelte es in bestimmten Themenfeldern der Arbeits-, Sozial- und Tarifpolitik Expertisen, die bis heute zu seinen Kernkompetenzen gehören. Trotz mancher Spannungen mit den Gewerkschaften stand die wissenschaftliche Unabhängigkeit des WSI doch niemals grundlegend infrage, da es nur so zu einem anerkannten Partner in der Scientific Community werden konnte.

REINHARD BISPINCK, ANKE HASSEL, THORSTEN SCHULTEN

1. Einleitung: „Böcklers Lieblingskind“ feiert Geburtstag

Nach Überlieferung von Viktor Agartz (1951) war das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WWI), der Vorläufer des heutigen WSI, das „Lieblingskind“ von Hans Böckler, dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der maßgeblich an der Gründung des Instituts beteiligt war: „Als wir im Frühjahr 1946 ein gewerkschaftseigenes wirtschaftswissenschaftliches Institut schufen, war dies gewiss ein kühner Entschluss. Unser Unterfangen konnte sich auf keinerlei Vorbild und Beispiel berufen; wir waren tatsächlich das erste Land, in dem sich eine zentrale Gewerkschaftsorganisation entschloss, ihrer wirtschafts- und gewerkschaftspolitischen Arbeit einen festen wissenschaftlichen Unterbau zu geben“ (Böckler 1949, o. S.).

Zum damaligen Zeitpunkt konnte niemand voraussehen, welche lebendige und wechselvolle Entwicklung diese Forschungseinrichtung der Gewerkschaften nehmen würde. In diesem Jahr blicken wir auf 70 Jahre Geschichte des WSI (wie es seit 1972 heißt) zurück. Der vorliegende Artikel erhebt nicht den Anspruch einer umfangreichen historischen Aufarbeitung der Institutsgeschichte; diese muss zukünftigen Historikern vorbehalten bleiben. Wir wollen allerdings einige wichtige Phasen in der Geschichte des WWI/WSI nachzeichnen und schlaglichtartig die das Institut im Laufe der Jahrzehnte bewegenden Forschungsthemen beleuchten. Da-

bei zeigt sich eine große Kontinuität bestimmter Kernthemen als Essentials einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft, die entsprechend den jeweils aktuellen Fragestellungen immer wieder neu bearbeitet werden.

2. Die Gründung des WWI 1946

Die Gründungsgeschichte des WWI ist bis heute kaum erforscht worden, sodass lediglich einige wichtige Eckdaten bekannt sind.¹ Demnach lässt sich für das WWI weder ein genaues Gründungsdatum bestimmen, noch existiert gar ein formaler Gründungsakt. Vielmehr hat Böckler im Februar 1946 eigenmächtig und „ohne jeden legitimierenden Auftrag“ einen jungen Wirtschaftswissenschaftler namens Erich Pottthoff eingestellt, der mit dem Aufbau eines eigenen wissenschaftlichen Instituts betraut wurde. Am 5. und 6. April 1946 hat dann der Ausschuss der freien Gewerkschaften für ►

¹ Die ausführlichste Analyse der WWI-Gründung wurde bislang von Tenfelde (2007) vorgelegt. Knappe Darstellungen finden sich auch bei Hülsdünker (1983, S. 116ff.); Markmann/Spiecker (1986a); Lauschke (2005, S. 84ff.); Mertsching (2006) und Drescher (2008, S. 261ff.). Letztere gibt auch einen knappen Überblick über die Gesamtgeschichte des WWI/WSI.

die Britische Zone diese Einstellung nachträglich gebilligt und zugleich offiziell das Ansinnen von Böckler unterstützt, „in Köln ein gewerkschaftliches Forschungs- und Planungsinstitut einzurichten“ (Tenfelde 2007, S. 46f.).

Die Gründung des WWI steht dabei in einer engen Traditionslinie zu verschiedenen Kooperationszusammenhängen von Wissenschaft und Gewerkschaften in der Weimarer Republik (ebd., S. 48f.). Hervorzuheben ist hierbei zum einen die 1926 in Berlin gemeinsam von der SPD, den Konsumgenossenschaften und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) gegründete „Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik“, deren wissenschaftlicher Leiter, Fritz Naphtali, 1928 maßgeblich an der Ausarbeitung einer umfangreichen Konzeption zur Wirtschaftsdemokratie beteiligt war (Naphtali 1928). Noch direkter lässt sich die Traditionslinie von dem 1919/1920 an der Universität Köln von Bruno Kuske eingerichteten „Freigewerkschaftlichen Seminar für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ ziehen, in dem regelmäßig Kurse und Schulungen für hauptamtliche und betriebliche Gewerkschaftsfunktionare durchgeführt wurden. Mitte der 1920er Jahre hatten sich Böckler und Agartz im Umfeld dieses Seminars kennengelernt und dabei die potentielle Bedeutung von Wissenschaft für die gewerkschaftliche Arbeit erfahren. Es waren dann auch Böckler und Agartz, die bereits während des Zusammenbruchs der Naziherrschaft über die Gründung eines eigenen wissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften diskutierten und später zusammen mit Bruno Kuske das erste Präsidium des WWI bildeten (WWI 1949a, S. 149f.). Mit Recht kann deshalb der Einschätzung von Tenfelde (2007, S. 51) zugestimmt werden, „dass in dem Kölner Seminar [...] das Herz des WWI/WSI schlug, bevor das Institut geboren war.“

Der Aufbau eines eigenen wissenschaftlichen Instituts hing nach dem Zweiten Weltkrieg eng mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen einer grundlegenden Neuordnung der Wirtschaft zusammen (Potthoff 1946). Im Kern forderten die Gewerkschaften neben der Vergesellschaftung bestimmter Schlüsselindustrien eine neue Wirtschaftsverfassung, die ihnen ein wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht „auf der ganzen Linie“ vom einzelnen Betrieb bis hin zur staatlichen Wirtschaftspolitik einräumen sollte (WWI 1949a, S. 13). Um den damit einhergehenden neuen Anforderungen gerecht zu werden, wurde an das WWI die Erwartung gestellt, „der Gewerkschaftsleitung und der Gewerkschaftsbewegung die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen bereitzustellen, die bei der Ausübung des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechts ebenso wenig entbehrt werden können wie bei der Durchsetzung der gewerkschaftspolitischen Ziele“ (ebd.). Dabei erhofften sich die Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Wirtschaft auch ganz praktische Unterstützung, da – in den Worten von Böckler – die Gewerkschaften in die Konferenzen mit den Unternehmen oft „recht unvorbereitet hineingehen. [...] Wir müssen Vorlagen haben, von denen wir sagen können, das ist etwas Ganzes, bitte, das ist das Verlangen der Gewerkschaft, das ist die Rolle, die uns zukommt“ (Böckler, zit. n. Lauschke 2005, S. 86).

3. 1946 – 1955: Nachkriegsphase und gesellschaftliche Neuordnung

Nach seiner Gründung hat sich das WWI recht schnell von einer kleinen gewerkschaftlichen Forschungsstelle mit ursprünglich vier Mitarbeitern (darunter zwei Wissenschaftlern) zu einem staatlichen Forschungsinstitut entwickelt, in dem Mitte der 1950er Jahre mehr als 50 Personen (darunter etwa die Hälfte Wissenschaftler) beschäftigt waren. Das erste Jahrzehnt in der WWI-Geschichte war zudem durch eine hohe Politisierung geprägt, bei der das Institut in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften in die politischen Auseinandersetzungen jener Jahre involviert war (Markmann/Spieker 1986a, S. 8f.).

Anfänglich gilt dies vor allem für die Auseinandersetzungen um die Neuordnung der Wirtschaft, die das WWI durch zahlreiche Studien und Expertisen zur Entwicklung der Grundstoffindustrien und Möglichkeiten ihrer Sozialisierung begleitet hat. Hinzu kommen Arbeiten zur Entwicklung der betrieblichen Mitbestimmung, der Rolle des Arbeitsdirektors und der Auseinandersetzung um betriebliche Leistungsbemessung. 1949 hat das WWI u. a. eine umfassende Denkschrift zur wirtschaftlichen Mitbestimmung (WWI 1949b) verfasst, auf deren Grundlage der DGB dann ein Jahr später seinen Gesetzentwurf zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft vorgelegt hat.

Neben grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftsordnung standen in den ersten Nachkriegsjahren vor allem unmittelbare Probleme der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im Vordergrund. Dem wurde durch das WWI dadurch Rechnung getragen, dass noch 1946 als zweiter Wissenschaftler ein Agrar- und Ernährungsexperte eingestellt wurde. Hinzu kamen in den Folgejahren die Themen Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik, wobei das Institut vor allem die moderne keynesianische Ökonomie aus Großbritannien rezipiert und gegen den in Deutschland vorherrschenden Ordoliberalismus in Stellung gebracht hat.²

Schließlich spielten statistische Analysen über die Entwicklung von Preisen und Löhnen von Beginn an eine sehr wichtige Rolle. Hierbei profitierte das WWI davon, dass nach der Auflösung des statistischen Amtes der britischen Zone in Minden deren ehemalige Abteilung „Statistik und Wirtschaftsbeobachtung“ unter Leitung von Rolf Wagenführ 1949 zum WWI nach Köln wechselte, sodass das Institut zeitweise über eine bedeutsame eigene statistische Abteilung verfügte. Letztere hatte dabei einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Neuaufstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im Nachkriegsdeutschland (Stahmer 2010).

² So hat das WWI z. B. 1949 als eine seiner ersten Buchpublikationen eine deutsche Übersetzung der berühmten Schrift von Joan Robinson über „Das Problem der Vollbeschäftigung“ herausgebracht (Robinson 1949).

Die wachsende Bedeutung des WWI wurde auch durch die Herausgabe der „WWI-Mitteilungen“ unterstrichen, deren Erstausgabe im Juli 1948 erschienen ist und die bereits ein Jahr später eine Auflage von 4.000 Exemplaren hatte (WWI 1949a, S. 152). Während die WWI-Mitteilungen in ihren ersten Ausgaben noch im Wesentlichen aus der Dokumentation aktueller Statistiken zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland bestanden, so haben sie sich doch schnell zu einer anerkannten wissenschaftlichen Fachzeitschrift entwickelt, mit der das WWI sowohl die politischen als auch wissenschaftlichen Diskurse beeinflussen konnte.

Die starke politische Rolle des WWI wurde in der ersten Hälfte der 1950er Jahre vor allem durch die Persönlichkeit von Viktor Agartz geprägt, der seit 1949 in die Leitung des Instituts eingetreten war. Agartz galt zu jener Zeit allgemein als „Cheftheoretiker“ der Gewerkschaften, der mit seinen Positionen zur „neuen Wirtschaftsdemokratie“ maßgeblichen Einfluss auf die gewerkschaftliche Programmatik im Nachkriegsdeutschland hatte.³ Nachdem Anfang der 1950er Jahre die Gewerkschaften mit ihren weitreichenden Neuordnungsplänen gescheitert waren, war Agartz einer der Ersten, der dafür plädierte, die gewerkschaftlichen Aktivitäten stärker auf den Aufbau einer autonomen Tarifpolitik zu konzentrieren. Mit seinen Thesen zur „expansiven Lohnpolitik“ hat er dabei nicht nur breite gesellschaftliche Debatten ausgelöst, sondern über lange Zeit hinaus die Begründung gewerkschaftlicher Lohnforderungen beeinflusst (Bispinck/Schulten 2008). Sein grundsätzliches Festhalten an der Kritik der kapitalistischen Restauration in Deutschland hat ihn allerdings zunehmend in Widerspruch zur Politik der Gewerkschaften gebracht, was schließlich 1955 zu seinem Ausscheiden aus dem WWI geführt hat.

Periode, in der die Mehrheit der Beschäftigten eine erhebliche Steigerung ihres Lebensstandards erfuhr und dadurch die grundsätzliche Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem deutlich in den Hintergrund gedrängt wurde.

Kennzeichnend für das WWI waren in dieser Phase eine erhebliche Zunahme wissenschaftlicher Publikationen, die Herausgabe neuer WWI-Forschungsreihen sowie der Aufbau eines umfassenden wissenschaftlichen Berichtswesens zu aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen. Bereits 1954 wurde das WWI-Tarifarchiv gegründet, das seitdem regelmäßig in monatlichen und jährlichen Tarifberichten über das Tarifgeschehen in Deutschland informiert. In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre erfolgten dann die Entwicklung einer systematischen Konjunkturberichterstattung sowie eigener Konjunkturprognosen des WWI. Weiter ausgebaut wurden außerdem die Bereiche Wirtschafts- und Strukturpolitik, die u. a. zum Aufbau einer eigenen WWI-Branchen- und Unternehmensdatenbank führten. Hinzu kamen schließlich auch zunehmend Arbeiten zur Bedeutung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), darunter eine frühe Studie zur „Harmonisierung der Arbeitskosten im gemeinsamen Markt“ (Bickendorf 1962).

Eine gewisse politische Aufmerksamkeit fanden in dieser Periode vor allem die Arbeiten des damaligen WWI-Leiters Bruno Gleitze zur Frage einer arbeitnehmerorientierten Vermögenspolitik und der Einführung überbetrieblicher Sozialkapitalfonds, an den die Unternehmen einen bestimmten Prozentsatz ihrer Gewinne abführen sollten (Gleitze 1969). Während der sogenannte „Gleitze-Plan“ auch innerhalb der Gewerkschaften stark umstritten war und in Deutschland nie eine Realisierungschance hatte, so haben in den 1970er Jahren die schwedischen Gewerkschaften unter dem Einfluss von Rudolf Meidner Teile dieses Plans für ihre eigene Konzeption von Arbeitnehmerfonds übernommen (Sjöberg 2006).

4. 1956 – 1966: Ökonomische Prosperität und Vollbeschäftigung

Die starke öffentliche Präsenz des WWI hat in der Nachkriegszeit sehr dazu beigetragen, den gewerkschaftlichen Positionen in den politischen Debatten Gehör zu verschaffen. Zugleich hat sie aufseiten der Gewerkschaften jedoch auch immer wieder zu Kritik am Auftreten von WWI-Beschäftigten geführt, zumal wenn diese sich jenseits der offiziellen gewerkschaftlichen Beschlusslage bewegten. Mitte der 1950er Jahre haben sich die Spannungen zwischen Gewerkschaften und WWI mit dem Fall „Viktor Agartz“ zugespitzt und die erste größere Krise des Instituts ausgelöst, in deren Folge es zu erheblichen personellen Fluktuationen kam.

Vor diesem Hintergrund begann ab 1956 eine neue Phase in der WWI-Geschichte, die als Phase der politischen „Selbstbeschränkung und Intensivierung der wissenschaftlichen Forschung“ beschrieben worden ist (Markmann/Spiker 1986a, S. 10ff.). Diese fügt sich ein in eine durch ökonomische Prosperität und Vollbeschäftigung gekennzeichnete

5. 1966 – 1982: Vom gesellschaftlichen Aufbruch zur konservativen Wende

Mit der Rückkehr des Konjunkturzyklus deutete sich Mitte der 1960er Jahre das Ende der Nachkriegsprosperität an. Die neu gewählte Große Koalition reagierte hierauf 1967 mit der Bildung der sogenannten „Konzertierten Aktion“, in deren Rahmen Staat, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Bundesbank gemeinsam in eine Politik der gesamtwirtschaftlichen Globalsteuerung eingebunden werden sollten. Für die Gewerkschaften brachte diese Entwicklung wieder einen erhöhten Beratungsbedarf in wirtschafts- ►

3 Zu Leben und Werk von Viktor Agartz vgl. die Beiträge in Bispinck et al. (2008).

ÜBERSICHT 1

Forschungsbereiche des WWI/WSI

1949	<ul style="list-style-type: none"> – Wirtschaftsbeobachtung – Geld und Kredit – Außenhandel, Ausland – Einkommen und Lebenshaltung – Ernährungswirtschaft 			<ul style="list-style-type: none"> – Betriebswirtschaft und Steuern – Mensch und Arbeit – Grundstoffindustrien – Statistik (technische Abteilung) 		
	<ul style="list-style-type: none"> – Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Konjunkturforschung – Außenhandel und Integrationsfragen – Wirtschaftsordnung und Industrieforschung – Energie und öffentliche Wirtschaft – Bau- und Wohnungswesen – Arbeitsmarkt/Berufsberatung 			<ul style="list-style-type: none"> – Betriebswirtschaft – Soziologie/Arbeitswissenschaft – Tarifarchiv – Wirtschafts- und Steuerrecht – Arbeits- und Sozialrecht – Mitbestimmung 		
1962	<p>Forschungsbereich 1 Konjunktur- und Strukturforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Konjunkturforschung – VGR/Statistik – Produktivitäts-/Potenzialforschung – Arbeitsmarktforschung – Regionalforschung – Geld und Währung – Außenwirtschaft – Betriebswirtschaft – Konzentrationsforschung 			<p>Forschungsbereich 2 Verteilungsforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tarifarchiv – Lohn- und Gehalt – Einkommens-/Vermögensverteilung und -politik – Steuerpolitik – Finanz-/Haushaltspolitik – Analyse privat. Verbrauch – Rentenversicherung – Gesundheitspolitik/Krankenversicherung – Soziale Sicherung der Frauen und Familien – Probleme alter Menschen – Finanzierung Soziale Sicherung – Dokumentation der Sozialpolitik des DGB 		
1972	<p>Forschungsbereich 1 Konjunktur- und Strukturforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Konjunkturforschung – VGR/Statistik – Investitions-/Konzentrationsforschung – Preise – Außenhandel – Geldpolitik – Arbeitsmarktpolitik – Bankensystem – Unternehmens-/Branchenanalysen – Strukturpolitik 			<p>Forschungsbereich 3 Gesellschaftspolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Betriebliche/überbetriebliche Mitbestimmung – Arbeits-/Wirtschaftsrecht – Bildung/Ausbildung – Industriesoziologie, Arbeitswissenschaft und technischer Wandel – Probleme der Infrastruktur – Internationale/nationale Gewerkschaftsfragen – Fragen der westeuropäischen Integration – Wissenschaftspolitik und Zukunftsforschung 		
1980	<p>Forschungsbereich 1 Konjunktur- und Strukturforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Konjunkturforschung – VGR/Statistik – Investitions-/Konzentrationsforschung – Preise – Außenhandel – Geldpolitik – Arbeitsmarktpolitik – Bankensystem – Unternehmens-/Branchenanalysen – Strukturpolitik <p>Sonderforschungsbereich Humanisierung der Arbeit</p>			<p>Forschungsbereich 2 Verteilungsforschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tarifanalysen/Tarifarchiv – Gesundheitspolitik – Einkommensverteilung – Finanzpolitik/Staatsausgaben – Vermögenspolitik – Sozial-/Familienpolitik – Finanzierung Sozialpolitik – Steuerpolitik 		
1995	<p>Forschungsbereich 1 Wirtschaft und Finanzen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Konjunkturforschung – Geldpolitik/Bankensystem – Steuern und Finanzen – Strukturpolitik 			<p>Forschungsbereich 2 Arbeitsmarkt und Verteilung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tarifanalysen/Tarifarchiv – Einkommensverteilung – Arbeitsmarkt/Arbeitszeit – Betriebliche Beschäftigungspolitik 		
	<p>Sonderforschungsbereich Ostdeutschland</p>			<p>Forschungsbereich 3 Sozialstaat und Sozialpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sozialpolitik/Alterssicherung – Frauen- und Familienpolitik – Angestelltenpolitik, Rationalisierung/Technik – Internationale Gewerkschaftspolitik 		
2015	Arbeit und Arbeitsmarkt	Tarifpolitik/Industrielle Beziehungen	Sozial-/Verteilungspolitik	Genderforschung	Europa	Themen-übergreifend
	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsmarktanalysen – Arbeitsmarktpolitik – Arbeitsrecht – Qualität der Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> – Tarifarchiv – Arbeits- und Tarifpolitik in Europa – Europäische Arbeitsbeziehungen – Tarif- und Gewerkschaftspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Sozialpolitik – Vergleichende Sozialpolitik – Verteilungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Genderforschung 	<ul style="list-style-type: none"> – Europapolitik 	<ul style="list-style-type: none"> – Policy Modeling – Empirische Strukturanalysen – Betriebs-/Personalrätebefragung

Quelle: Zusammenstellung der Autoren.

WSI Mitteilungen

politischen Fragen mit sich, infolgedessen auch das WWI wieder stärker in die tagespolitischen Auseinandersetzungen eingebunden wurde (Markmann 2010, S. 43ff.).

Mit der „68er-Bewegung“ und der anschließenden sozial-liberalen Koalition wurde schließlich eine umfassende Reformphase in Deutschland eingeleitet, die auch im WWI zu weitreichenden Veränderungen führen sollte. Das deutlichste Anzeichen hierfür war die Umbenennung des WWI in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) im Dezember 1971 (WSI 1972, S. 5). Zwar hat sich das WWI schon immer auch als ein „sozialwissenschaftliches Institut“ (Agartz 1952, S. 5) verstanden, das „seine Aufmerksamkeit [...] besonders auf die soziologische und politische Bedingtheit der volkswirtschaftlichen Theorie und wirtschaftlichen Praxis“ richtet (WWI 1949a, S. 14), die Umbenennung in WSI war jedoch Ausdruck einer deutlichen Erweiterung des im Institut bearbeiteten Themenspektrums.

Im Rahmen der neu geschaffenen Forschungsbereiche „Verteilungsforschung“ und „Gesellschaftspolitik“ wurden nun zahlreiche neue Forschungsreferate zu sozialpolitischen Themen wie z. B. Rentenversicherung, Gesundheitspolitik, Soziale Sicherung von Frauen und Familien, Bildung und Ausbildung usw. eingerichtet (Übersicht 1). Auch die Beschäftigung mit europapolitischen Fragen wurde mit der Einrichtung von zwei eigenständigen Forschungsreferaten zu „Internationalen Gewerkschaftsfragen“ und „Fragen der westeuropäischen Integration“ deutlich aufgewertet. Schließlich gab es Anfang der 1970er Jahren auch intensive Diskussionen darum, den Bereich der Zukunftsforschung zu einem zentralen Arbeitsfeld des WSI zu machen, was in der Praxis jedoch kaum umgesetzt wurde.⁴

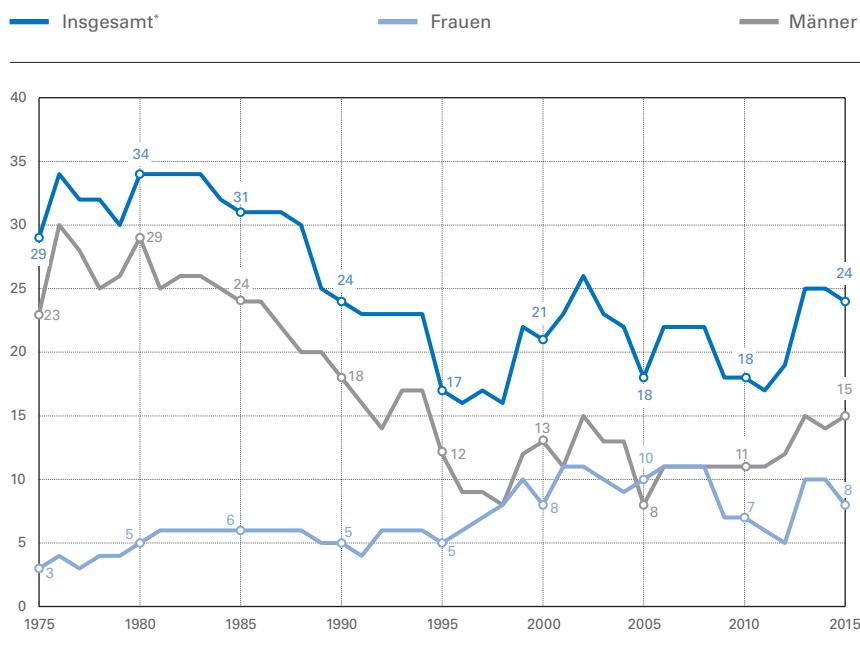
Mit der inhaltlichen Erweiterung des Themenspektrums ging auch ein erheblicher personeller Ausbau einher. Waren in den 1960er Jahren im Durchschnitt etwa 20 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Institut beschäftigt, so erhöhte sich ihre Zahl Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre zeitweilig auf bis zu 34 (Abbildung 1). Darunter befanden sich erstmalig auch einige wenige befristet beschäftigte Forscherinnen und Forscher, die über Drittmittelprojekte finanziert wurden.

Zu einem der wichtigsten Forschungsschwerpunkte des WSI gehörte seit Mitte der 1970er Jahre das Thema „Humanisierung der Arbeit“, mit dem weitreichende Hoffnungen für einen arbeitspolitischen Aufbruch verbunden waren. Das WSI konnte hierbei von den hierzu aufgelegten umfangreichen staatlichen Forschungsprogrammen profitieren, die es dem Institut Anfang der 1980er Jahre ermöglichen, sogar einen eigenen Sonderforschungsbereich zu diesem Themenfeld aufzubauen. Mit zahlreichen Studien (z. B. Peter/Zwingmann 1982) und Publikationen, wie einem eigenen WSI-Informationsdienst Humanisierung der Arbeit, konnte das WSI dieses Thema zeitweilig zu einem seiner wichtigsten wissenschaftlichen Markenzeichen ausbauen.

Ab Mitte der 1970er Jahre rückte schließlich die Frage von Vollbeschäftigung und der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit wieder in den Vordergrund der wirtschaftswissen-

ABB. 1

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am WSI, 1975 – 2015



*Frauen und Männer (inkl. Institutsleitung und befristete Projektmitarbeiter) plus vakante Stellen.

Quelle: WSI-Mitteilungen, Jahresinhaltsverzeichnisse 1975–2015.

WSI Mitteilungen

schaftlichen Debatten und fand auch in den Arbeiten des WSI entsprechenden Widerhall. Bereits 1977 organisierte das WSI eine große internationale Tagung über die „Krise der ökonomischen Theorie – Krise der Wirtschaftspolitik“, auf der die zunehmende Dominanz der neoklassischen Theorie (einschließlich der als „keynesianisch“ verbrämt „neoklassischen Synthese“) und der daraus abgeleiteten neoliberalen Wirtschaftspolitik kritisiert wurde (WSI 1978). In den Folgejahren entwickelt sich die Suche nach wissenschaftlichen Ansätzen für eine „alternative“ beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik zu einem der wichtigsten Dauerthemen des WSI.

6. 1982 – 1995: Konservative Wende und deutsche Einheit

Nach den Jahren des gesellschaftlichen Aufbruchs und der Ausweitung der Forschungsaktivitäten des WSI folgte ►

4 Anfang der 1970er Jahre gab es innerhalb der Gewerkschaften sogar Überlegungen, ein eigenes Institut für Zukunftsforschung zu gründen. Schließlich hat sich jedoch die Position durchgesetzt, diesen Bereich in einem erweiterten WSI zu integrieren.

in den 1980er Jahren eine Phase der ökonomischen Krise und eine konservative Wende in der Politik. Der Wechsel von der sozialliberalen SPD-FDP-Koalition zur Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP im Jahr 1982 führte zu einem Politikwechsel, der über lange Jahre die Rahmenbedingungen auch für gewerkschaftliches Handeln nachhaltig veränderte. Die rückläufigen Wachstumsraten ließen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen und stellten Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik vor neue Herausforderungen.

Die Gewerkschaften setzten in der Beschäftigungspolitik konzeptionell in erster Linie auf eine Politik der forcierten Arbeitszeitverkürzung. Die von Arbeitskämpfen begleiteten Tarifauseinandersetzungen um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche 1984 und in den Folgejahren zeitigten in vielen Branchen Erfolge und belegten die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften. Weniger erfolgreich waren sie bei der Abwehr der Einschnitte in das Netz der sozialen Sicherung („Sozialabbau“), die einen zentralen Bestandteil der Politik der schwarz-gelben Bundesregierung bildeten.

Die Forschungsarbeiten des WSI griffen diese beiden Themenschwerpunkte auf. In verschiedenen empirischen Projekten wurden die Durchsetzung und betriebliche Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung untersucht (z. B. Bosch et al. 1986). Zugleich wandte sich das Institut der Thematik der Entwicklung und Gestaltung flexibler Arbeitszeiten zu, die gleichsam die Kehrseite der verkürzten Wochenarbeitszeiten darstellten.

In zahlreichen Veröffentlichungen setzte sich das WSI mit der neuen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auseinander. „Sozialpolitik – Gegen Abbau und konservative Wende“ lautete der Titel eines Schwerpunkttheftes der WSI-Mitteilungen, das 1982 die bereits vor dem Regierungswechsel sichtbar werdenden Tendenzen analysierte. Und 1984 erschien ein Schwerpunkttheft „Arbeitsmarktpolitik im Dienste der Umverteilung“, das die angebotspolitische Umorientierung dieses Politikfeldes kritisch beleuchtete.

Der Wandel der Beschäftigtenstrukturen, die wachsende Erwerbstätigkeit der Frauen und die stärkere Individualisierung von Lebensläufen warf die Frage nach der Zukunft des „Normalarbeitsverhältnisses“ auf. Aus Anlass seines 40-jährigen Bestehens veröffentlichte das Institut 1986 ein Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen mit dem Titel „Zukunft der Arbeit“, das verschiedene Facetten der Entwicklung von (Erwerbs-)Arbeit und ihrer sozialstaatlichen Regulierung behandelte und Ergebnisse der Institutsarbeit präsentierte.

Der Fall der Mauer 1989 und die nachfolgende deutsche Einigung veränderten die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Arenen grundlegend. Das WSI reagierte darauf mit einer inhaltlichen Umstellung seiner Forschungsarbeiten. Ökonomische, soziale und rechtliche Aspekte der deutschen Einigung und der anschließenden Integration der beiden deutschen Staaten bildeten auf Jahre einen Schwerpunkt der wissenschaftlichen Arbeit. 1991 begann ein mehrjähriges von der Hans-Böckler-Stiftung

gefördertes Forschungsprojekt „Herstellung der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Deutschlands“ (als Überblick: WSI-Mitteilungen 9/1992: „Zwischenbilanz: Auf dem Weg zur Einheit“).

Institutspolitisch durchlebte das WSI seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre schwierige Jahre. Eine wesentliche Ursache dafür war die Erschütterung der Gewerkschaften durch den Skandal um die gewerkschaftseigene Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat 1982. Der nachfolgende Prozess der schrittweisen Lösung der Gewerkschaften von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen führte auch zu zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten des DGB und damit des WSI. 1989 fasste der DGB-Bundesvorstand einen Beschluss zur „Zukunft des WSI“, der eine Konzentration der Forschungsarbeit auf zwei Bereiche („Wirtschafts- und Verteilungsforschung“ und „Sozialforschung und Gesellschaftspolitik“), eine „Straffung“ der Institutsordnung und – vor allem – eine Reduzierung des Personalbestandes vorsah. Die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen schieden als Gesellschafter des WSI aus. Eine 1993 eingesetzte Kommission unter Leitung des ehemaligen Bundesforschungsministers und IG Metall-Vorstandsmitgliedes Hans Matthöfer empfahl dann die Integration des WSI als Forschungsabteilung in die Hans-Böckler-Stiftung. Diese wurde zu Beginn des Jahres 1995 vollzogen. Von den vormals 44 unbefristet Beschäftigten wechselten 27 in die Stiftung, darunter 13 WissenschaftlerInnen. Das WSI gliederte sich in drei neu zugeschnittene Forschungsbereiche: Wirtschaft und Finanzen, Arbeitsmarkt und Verteilung sowie Sozialstaat und Sozialpolitik (siehe *Übersicht 1*).

7. 1995 – 2005: Krise des „Modell Deutschland“

Inhaltlich befasste sich das WSI nach der Eingliederung in die Hans-Böckler-Stiftung auf stark reduzierter Personalbasis nach wie vor mit einem breiten Themenspektrum. Fragen der deutschen Einheit, Globalisierung der Wirtschaft, europäische Integration, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Tarifpolitik, Frauen- und Geschlechterforschung und anderes mehr. Ein übergreifendes Thema war die mit der tiefen Rezession 1992/93 schrittweise zutage tretende Krise des Modell Deutschland, was weitreichende Auswirkungen insbesondere auf die industriellen Beziehungen und das Tarifsystem hatten. Die ökonomischen Krisentendenzen wurden im politischen Diskurs immer stärker als Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft thematisiert: Verkrustungen am Arbeitsmarkt, zu hohe Lohn(neben)kosten, Überregulierung der Wirtschaft und ein überbordender Sozialstaat wurden als vermeintliche Ursachen identifiziert. Flexibilisierung, Deregulierung und verstärkter Wettbewerb sollten Deutschland, den „kranken Mann Europas“, wieder auf Erfolgskurs bringen.

Seit 1993 führte das WSI nahezu jährlich ein WSI-Herbstforum durch, das zu jeweils aktuellen Themen ein Diskussionsforum für Interessierte aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Politik bot. Das Institut präsentierte eigene Forschungsergebnisse und lud auch externe Expertinnen und Experten zu Vorträgen ein. Die behandelten Themen spiegelten die breite Palette der WSI-Aktivitäten wieder (*Übersicht 2*).

Nach der Regierungsübernahme durch die Koalition aus SPD und Grünen im Jahr 1998 bestimmte das Projekt eines „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ die politische Agenda. Gewerkschaften und Arbeitgeber sollten in ein gemeinsames Konzept zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und darauf gerichteter Arbeitsmarkt- und Sozialreformen eingebunden werden. Von Anfang an zeigte sich, dass die Schnittmengen der politischen Interessen der beteiligten Akteure begrenzt waren. Insbesondere wendeten sich die Gewerkschaften gegen eine Einbeziehung der konkreten Tarifpolitik in die Bündnisgespräche (Bispinck/Schulten 1999). Nach dem faktischen Scheitern des Bündnisses für Arbeit bildete die von Rot-Grün knapp gewonnene Bundestagswahl 2002 den Ausgangspunkt für die Politik der „Agenda 2010“, deren Kernpunkt die Umgestaltung der Arbeitsmarktpolitik war. Diese stieß vor allem wegen ihrer Deregulierungswirkung, der verschlechterten sozialen Absicherung der Erwerbslosen und der Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien auf scharfe Ablehnung der Gewerkschaften. Das WSI thematisierte die Problematik u. a. auf seinem Herbstforum 2002 „Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?“ (dokumentiert in: WSI-Mitteilungen 5/2003).

Die WSI-Forschungsaktivitäten konzentrierten sich in der ersten Hälfte der 2000er Jahre im wirtschaftspolitischen Bereich auf die ökonomische Position der deutschen Volkswirtschaft, die in regelmäßigen „Standortberichten“ analysiert wurde. Hinzu trat das Thema einer koordinierten Makropolitik in Europa. Mehrere (drittfinanzierte) Projekte untersuchten verschiedene Fragen der Arbeitszeitpolitik und der sozialverträglichen Arbeitszeitgestaltung. Die (De-)Regulierung des Arbeitsmarktes war ebenfalls Gegenstand eines mehrjährigen empirischen Forschungsprojekts, das sozialwissenschaftliche und juristische Fragestellungen verknüpfte. Die Erosion des Flächentarifsystems und die Verbetrieblichung der Tarifpolitik bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Forschungsaktivitäten. Sie umfassten empirische Analysen der Dezentralisierung der Tarifverträge und insbesondere der „betrieblichen Bündnisse für Arbeit“. Genutzt werden konnte dabei die bereits seit Mitte der 1990er Jahre regelmäßig durchgeführte WSI-Betriebsrätebefragung, die repräsentative Daten zum Betriebsratshandeln lieferte. Der Zusammenhang zwischen der Erosion des Tarifvertragssystems und der Ausweitung des Niedriglohnsektors sowie die Möglichkeiten zur Stabilisierung der Tarifbindung wurden in einem Projekt für das NRW-Arbeitsministerium untersucht (Bispinck et al. 2003).

Zu einem wichtigen Schwerpunkt des WSI wurde seit Mitte der 1990er Jahre auch die Gender- und Gleichstel-

ÜBERSICHT 2

WSI-Herbstforen, 1993 – 2016

2016	70 Jahre WSI: Gesellschaft im Umbruch – Aufgaben einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft
2015	Soziale Ungleichheiten: Was tun gegen die Spaltung der Gesellschaft?
2014	Arbeitszeiten der Zukunft: Selbstbestimmt, geschlechtergerecht, nachhaltig!
2013	Aufbau statt Abbruch in Europa: Beschäftigung, soziale Sicherheit und industrielle Beziehungen in einem neuen Europa
2012	Krisen-Folgen! Krisen-Auswege?
2011	Gespaltene Gesellschaft
2010	Prekarität im Lebenszusammenhang
2009	Chancen und Grenzen von Regulierung – Wissenschaftliches Symposium zum 65. von Prof. Dr. Heide Pfarr
2008	Die Rückkehr des Staates. Öffentliche Verantwortung für Wirtschaft und Beschäftigung
2007	Armut, Reichtum, Sozialstaat. Ist die soziale Spaltung noch lösbar?
2006	60 Jahre WSI: Wirtschafts- und Sozialforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften
2005	Der Sozialstaat zwischen Eigenverantwortung und Solidarität
2004	Gute Arbeit – Schlechte Arbeit
2003	Betriebe unter Druck: Zwischen Flexibilisierung und Regulierung
2002	Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?
2001	Europäische Währungsunion und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik – Abschied oder Neuanfang?
2000	Bündnis für (Frauen)Arbeit – Bestandsaufnahme und neue Ideen
1999	Flexibilität und Soziale Sicherheit?
1998	Wege zur Europäischen Beschäftigungs- und Sozialunion
1997	Modell Deutschland – modernes Deutschland?
1996	50 Jahre WSI – Wieviel Markt verträgt eine zivile Gesellschaft?
1994	Aufbruch zu mehr Beschäftigung
1993	Marx und Keynes – Haben ihre Lehren noch Bedeutung?

Quelle: Darstellung der Autoren.

WSI Mitteilungen

lungsforschung. So lieferte das WSI federführend in Kooperation mit anderen Instituten die wissenschaftlichen Analysen für den ersten Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern (WSI 2001). Aktuelle Forschungen zum Gender Pay Gap, der Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, Anforderungen an eine familienfreundliche Arbeitszeitgestaltung u.ä. gehören seither zu den regelmäßigen Arbeiten des WSI.

2005 gründete die Hans-Böckler-Stiftung das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), das auch die bisherige makroökonomische Forschung des WSI übernehmen sollte. Das WSI hat daraufhin seine Arbeit in drei Forschungsschwerpunkten neu organisiert: Strukturfragen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt; Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik.

Der Fortgang der allesamt männlichen Makroökonomen vom WSI zum IMK hat dazu geführt, dass 2005 erstmals mehr Wissenschaftlerinnen als Wissenschaftler ►

am WSI beschäftigt waren (*Abbildung 1*). Während bis Mitte der 1990er Jahre Frauen stets eine Minderheit des wissenschaftlichen Personals bildeten, hat sich die Personalpolitik mit dem Übergang zur ersten WSI-Direktorin Heide Pfarr dahingehend verändert, dass nunmehr bewusst ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern angestrebt wurde. Mittlerweile ist es zudem fast ein ungeschriebenes Gesetz, dass die Leitung des WSI von einer Wissenschaftlerin übernommen wird.

Dazu gehörten Fragen der gewerkschaftlichen Mitglieder-gewinnung, Strategien der Interessendurchsetzung (Streiks) sowie die Veränderung der Gewerkschaftslandschaft (Be rufsgewerkschaften). Hierbei hat das WSI u. a. eine eigene neue Streikstatistik entwickelt, die anerkanntermaßen ein deutlich realistischeres Bild von Arbeitskämpfen in Deutschland zeigt als die amtliche Statistik (Dribbusch 2009).

Die anhaltende Erosion des Tarifsystems führte zur intensiven Suche nach Wegen der Re-Stabilisierung des Tarifsystems auch durch politische Stützungsmaßnahmen. Das WSI untersuchte in mehreren Studien Möglichkeiten und Erfahrungen mit dem Instrument der Allgemeinverbindli cherklärung von Tarifverträgen (vgl. das zu diesem Thema erschienene Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen 7/2012).

Ein Thema von wachsender gesellschaftlicher Relevanz ist die Arbeitszeit und ihre Gestaltung. Das Verhältnis von Arbeits- und Lebenszeit, die Gestaltung der Arbeitszeit im Lebensverlauf sowie die Möglichkeiten einer selbstbestimmten und geschlechtergerechten Arbeitszeit haben das WSI in den vergangenen Jahren intensiv beschäftigt (Absenger et al. 2014; Klenner/Lott 2016). Eng damit verknüpft sind Fragen der Qualität der Arbeit, die sich aufgrund von Digitalisierung und Entgrenzung stark verändert.

Unstreitig sind die Themen der WSI-Forschung mit Blick auf die deutschen Verhältnisse allein nicht hinreichend zu erfassen. In vielen Projekten hat sich das Institut seit Langem um eine europäisch vergleichende Perspektive bemüht und sich an zahlreichen internationalen Kooperationsprojekten zu Fragen der Arbeits-, Tarif- und Sozialpolitik beteiligt. Mit der Einrichtung einer neuen Forschungsstelle „Europa und europäische Politik“ im Jahr 2013 wurde zudem die Bedeutung der EU als eigenständig zu untersuchende Politikebene unterstrichen.

Rückblickend betrachtet hat sich die Arbeit des WSI in den vergangenen zehn bis 15 Jahren nicht nur inhaltlich weiterentwickelt und stets den aktuellen Themen angepasst. Dabei hat die Abstimmung und Kooperation innerhalb der Hans-Böckler-Stiftung, insbesondere mit dem IMK und der Abteilung Forschungsförderung, an Bedeutung gewonnen. Auch die Formen der Arbeit, der Ergebnispräsentation, ihres Transfers in die Öffentlichkeit und die politische Diskussion haben sich gewandelt. Ausweis der wissenschaftlichen Arbeit sind nach wie vor die Veröffentlichungen der WSI-Forscherinnen und Forscher in einschlägigen wissenschaftlichen Fachzeitschriften sowie die Vorträge auf wissenschaftlichen Konferenzen. Die WSI-Mitteilungen, die ihr Spektrum an Autorinnen und Autoren aus der deutschen, aber auch aus der internationalen Wissenschaftslandschaft über die Jahre hinweg deutlich verbreitert haben, sind die vom Institut herausgegebene wissenschaftliche Zeitschrift. Sie erfüllen seit einigen Jahren, unterstützt von einem wissenschaftlichen Beirat, mit einem doppelt-blinden Begutachtungsverfahren alle Standards einer referierten Fachzeitschrift; dies, verbunden mit ihrer politik- und praxisorientierten Ausrichtung, verleiht ihnen auf dem deutschen Fachzeitschriftenmarkt eine herausragende Position.

8. 2005 bis heute: Krise und Re-Stabilisierung

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. brachte neue Themen hervor: Im Zentrum des gewerkschaftlichen Interesses stand die Sicherung von Beschäftigung. Die Politik setzte auf eine neue Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften. Durch starke Konjunkturimpulse und durch die Ausweitung einer absichernden Arbeitsmarktpolitik (Kurzarbeit) konnte ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit vermieden werden. Die Tarifparteien trugen durch eine abgestimmte flexible Arbeitszeitpolitik maßgeblich dazu bei, dass die Beschäftigung der Belegschaften weitgehend stabil gehalten wurde. Das WSI hat diese Prozesse in seiner Forschung, gestützt auf die Ergebnisse der regelmäßigen Betriebsrätebefragungen, mit zahlreichen Untersuchungen begleitet (Brehmer et al. 2009).

Die zunehmende Fragmentierung und Prekarisierung der Beschäftigung wie auch der sich ausweitende Niedriglohnsektor konnten hingegen nicht eingedämmt werden. Die Gewerkschaften starteten Mitte der 2000er Jahre eine konzertierte Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Das WSI hatte bereits seit Mitte der 1990er Jahre in zahlreichen Veröffentlichungen – darunter die jährlich erscheinenden WSI-Verteilungsberichte – auf den wachsenden Niedriglohnsektor in Deutschland aufmerksam gemacht und sich seit den frühen 2000er Jahren intensiv mit den internationalen Erfahrungen gesetzlicher Mindestlöhne beschäftigt (Schulten et al. 2005). Später hat das WSI die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland wissenschaftlich begleitet und erste Studien zu dessen Umsetzung vorgelegt.

In größerem Zusammenhang widmete sich das WSI in den vergangenen zehn Jahren immer wieder Fragen der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Spaltung und stellte seine Forschungsergebnisse auf mehreren WSI-Herbstforen zur Diskussion (2007: Armut, Reichtum, Sozialstaat; 2011: Gespaltene Gesellschaft; 2015: Soziale Ungleichheiten). Dabei spielte auch die Frage nach der künftigen Ausgestaltung des sozialen Sicherungssystems eine wichtige Rolle.

Neue Bedeutung gewann auch die wissenschaftliche Beschäftigung des WSI mit den Gewerkschaften selbst.

An Bedeutung gewonnen hat zweifelsohne die Präsentation der Arbeitsergebnisse des WSI über das Internet. Nahezu alle Forschungsergebnisse des Instituts lassen sich über die Website (www.wsi.de) abrufen. Dariüber hinaus stellt das Institut online zu verschiedenen Themenfeldern ein reichhaltiges und differenziert aufbereitetes Datenmaterial zur Verfügung. Ein Pionier auf diesem Gebiet ist das WSI-Tarifarchiv, das ein konkurrenzloses Informationsangebot zum aktuellen Tarifgeschehen, zu den Inhalten von Tarifverträgen und zur historischen Entwicklung der Tarifpolitik bietet. Das WSI-GenderDatenPortal ist die erfolgreiche und stark ausgeweitete Online-Version des (gedruckten) WSI-FrauenDatenReports (Bothfeld et al. 2005). Der WSI-Verteilungsmonitor stellt ergänzend zu dem jährlichen WSI-Verteilungsbericht Grafiken und Tabellen zu zahlreichen Verteilungsgrößen zusammen. Tagungen und Workshops des WSI sind weitere wichtige Transferkanäle. Neben dem WSI-Herbstforum als Flaggschiffveranstaltung des Instituts bieten die Gleichstellungstagungen und Tarifpolitischen Tagungen des WSI regelmäßig gut genützte Möglichkeiten des wissenschaftlich-politischen Austausches. Die arbeitsrechtliche Kompetenz des WSI fließt in zahlreiche rechtspolitische Veranstaltungen der Stiftung ein, so vor allem in das Hans-Böckler-Forum für Arbeits- und Sozialrecht.

von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach humanen und demokratisch gestalteten Arbeits- und Lebensbedingungen orientieren. *Zweitens* soll sie für die wirtschafts- und sozialpolitische Praxis relevante Themen behandeln und konkrete Problemlösungsmöglichkeiten aufzeigen. *Drittens* soll eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft die enge Kooperation mit Gewerkschaften und Mitbestimmungsträgern suchen, um auf diese Weise frühzeitig relevante Problemfelder zu identifizieren und gleichzeitig den spezifischen Informationszugang zu den aktuellen Entwicklungen der Arbeitswelt zu nutzen. Insbesondere bei dem zuletzt genannten Punkt wird dem WSI ein weitgehendes „Alleinstellungsmerkmal“ zugesprochen, „das bestimmte empirische Untersuchungen wie beispielsweise die WSI-Befragung von Betriebs- und Personalräten [ermöglicht], die regelmäßig hochinteressante Datensätze erbringen und weder in Hochschulen noch in anderen Forschungsinstituten stattfinden“ (EvaConsult 2016, S. 24).

Trotz des normativen Interessenbezugs und der Nähe zu den Gewerkschaften ist für eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft zugleich die wissenschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar. In diesem Sinne wurde bereits von den Gründern des WSI „dem Institut [...] von allem Anfang an die Auflage gemacht, dass es sich der strengsten wissenschaftlichen Objektivität befleißige. Die Gewerkschaftsführung will über alle wirtschaftlichen Tatsachen, Zusammenhänge, Entwicklungen und Probleme vorbehaltlos und unvoreingenommen unterrichtet sein“ (WWI 1949, S. 13f.). Ohne „wissenschaftliche Objektivität“ würde das Institut „der Gewerkschaftsbewegung [...] nur Schaden zufügen“ (Agartz 1952, S. 4).

Für das WSI ist die wissenschaftliche Qualität und Unabhängigkeit seiner Arbeit von existenzieller Bedeutung. Daran hängt seine Akzeptanz und Reputation in der „Scientific Community“, ohne die das WSI als wissenschaftliches Institut nicht ernstgenommen und lediglich als verlängertes Organ der Gewerkschaften angesehen werden würde. Vor diesem Hintergrund ist es von hoher Bedeutung, dass der jüngste Evaluationsbericht über das WSI zu dem Ergebnis kommt, dass die Arbeiten des Instituts „in den jeweiligen Scientific Communities überwiegend große Beachtung“ finden und dass es dem WSI gelingt „mit seinen Forschungsergebnissen auf die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen Einfluss zu nehmen“ (EvaConsult 2016, S. 24).

Im Laufe seiner Geschichte hat das Verhältnis zwischen dem WSI und den Gewerkschaften auch immer wieder Spannungen hervorgebracht und teilweise zu harten Konflikten geführt. Dieses Spannungsverhältnis ist dabei struktureller Natur und kann deshalb nicht einfach beiseitegeschoben, sondern nur produktiv bearbeitet werden. Die Konflikte treten vor allem dann auf, wenn wissenschaftliche Ergebnisse des Instituts den Positionen einzelner Gewerkschaften zuwiderlaufen. In seiner jüngeren Geschichte hat das WSI dies beispielsweise in der Auseinandersetzung ►

9. Fazit: Perspektiven einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft

Das WSI steht mit seiner nunmehr 70jährigen Geschichte wie kein anderes Institut in Deutschland für 70 Jahre arbeitnehmerorientierte Wissenschaft. Im Rahmen einer Ende 2015 von einer unabhängigen Wissenschaftskommision durchgeföhrten Evaluierung wurde dem WSI einmal mehr bescheinigt, „mit beachtlichem Erfolg, wissenschaftliche Forschungen in einem breiten, wirtschafts- und sozialwissenschaftlich relevanten Themenspektrum durchzuführen und auf dieser Grundlage die Gewerkschaften, Mitbestimmungsträger und andere Akteure zu beraten. Das Institut ist ein wichtiges Element der nationalen Forschungslandschaft und hat sich auch auf der europäischen Ebene einen Namen gemacht“ (EvaConsult 2016, S. 36). Eine besondere Stärke des WSI besteht dabei in seinem interdisziplinären Forschungsansatz, bei denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den Bereichen Ökonomie, Soziologie, Politikwissenschaften und Recht eng zusammenarbeiten.

Folgt man der ursprünglich von Bosch et al. (1978) entwickelten Konzeption, so hat eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft drei methodologische Kriterien zu erfüllen: Sie soll *erstens* ihre Forschungsthemen an den Interessen

um den gesetzlichen Mindestlohn erlebt. In solchen Fällen hilft nur intensive Kommunikation und „kollegiale Toleranz“ (Markmann/Spieker 1986b, S. 130), wie sie z. B. in dem Bonmot zum Ausdruck kommt, das dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zugeschrieben wird: Demnach solle das WSI nicht einfach die bestehende Beschlusslage bestätigen, sondern vielmehr die Voraussetzungen für die Beschlusslage von morgen erarbeiten (Pfarr 2006).

Bei allem Wandel der Themen und Fragestellungen, mit denen das WSI in der Vergangenheit konfrontiert war, gibt es doch eine große Kontinuität der Kernfelder und -kompetenzen des Instituts. Seit 70 Jahren beschäftigt sich das WSI mit der Regulierung von Arbeit und Fragen der kollektiven Interessenvertretung durch Mitbestimmung und Tarifpolitik. Das Gleiche gilt für die Verteilung von Einkommen und die Entwicklung sozialer Risiken und sozialer Sicherung. Seit einigen Jahrzehnten spielen zudem der Wandel der Geschlechterverhältnisse und dessen Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse eine zentrale Rolle.

Neue Herausforderungen wie die Digitalisierung, die anhaltenden Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und Leben und der Geschlechterbeziehungen, die Globalisierung und Europäisierung von Arbeitsmärkten, die zukünftige Absicherung sozialer Risiken oder die Entwicklung sozialer Ungleichheit machen auch in Zukunft eine arbeitnehmerorientierte Wissenschaft notwendig, die nach sozialen Regulierungen und Gestaltungsoptionen im Interesse der Beschäftigten sucht. Das WSI ist mit seinen Kernkompetenzen dabei gut aufgestellt, um diese Herausforderungen anzunehmen. Es steht in enger Kooperation mit seinem Schwesterinstitut, dem IMK, und den anderen Abteilungen innerhalb der Hans-Böckler-Stiftung und bewegt sich in zahlreichen Forschungsnetzwerken mit Universitäten und anderen Forschungsinstituten auf nationaler und internationaler Ebene. 70 Jahre nach Hans Böcklers (1949) „kühnem Entschluss“ verfügen die deutschen Gewerkschaften damit auch in Zukunft über einen einzigartigen Fundus an arbeitnehmerorientierter Wissenschaft, der ihnen helfen kann, Antworten auf die Fragen von morgen zu finden. Im Sinne des französischen Soziologen Pierre Bourdieu (2002) steht das WSI auch weiter für eine „engagierte Wissenschaft“, die tatsächlich Dinge verändern möchte, um Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern. ■

LITERATUR

- Absenger, N./Ahlers, E./Bispinck, R./Kleinknecht, A./Klenner, C./Lott, Y./Pusch, T./Seifert, H.** (2014): Arbeitszeiten in Deutschland. Entwicklungstendenzen und Herausforderungen für eine moderne Arbeitszeitpolitik, WSI Report (19), Düsseldorf
- Agartz, V.** (1951): Hans Böckler. Ein Leben für die Gewerkschaft, in: Rheinische Zeitung (Köln) 103 (42) vom 19.2., S. 2
- Agartz, V.** (1952): Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB, in: Wirtschaft und Wissen 13 (2), S. 4–5
- Bickendorf, O.** (1962): Die Harmonisierung der Arbeitskosten im gemeinsamen Markt, WWI-Studie (4), Köln
- Bispinck, R./Kirsch, J./Schäfer, C.** (2003): Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen und Tarifsystem – Projektbericht für das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (MWA), Düsseldorf
- Bispinck, R./Schulten, T.** (1999): Tarifpolitik und Bündnis für Arbeit, in: WSI-Mitteilungen 52 (12), S. 870–884
- Bispinck, R./Schulten, T.** (2008): Das Konzept der expansiven Lohnpolitik – eine kritische Würdigung aus heutiger Sicht in: Bispinck, R./Schulten, T./Raane, P. (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg, S. 48–65
- Bispinck, R./Schulten, T./Raane, P.** (Hrsg.) (2008): Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg
- Böckler, H.** (1949): Zum Geleit, in: Wirtschaftswissenschaftliches Institut (WWI), Probleme der westdeutschen Wirtschaft, Tätigkeitsbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln
- Bosch, G./Engelhardt, N./Hermann, K./Kurz-Scherf, I./Seifert, H.** (1986): Betriebliche Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche, WSI-Arbeitsmaterialien (12), Düsseldorf
- Bosch, G./Katterle, S./Krahn, K.** (1978): Zur Konzeption einer arbeitnehmerorientierten Wissenschaft, in: WSI-Mitteilungen 31 (12), S. 658–667
- Bothfeld, S./Klammer, U./Klenner, C./Leiber, S./Thiel, A./Ziegler, A.** (2005): WSI-FrauenDatenReport, Berlin
- Bourdieu, P.** (2002): Für eine engagierte Wissenschaft, in: Le Monde diplomatique Nr. 6677 vom 15.2.
- Brehmer, W./Bogedan, C./Herzog-Stein, A.** (2009): Betriebliche Beschäftigungs- sicherung in der Krise. Eine Kurzauswertung der WSI-Betriebsrätebefragung 2009, WSI Report (1), Dezember, Düsseldorf
- Drescher, I.** (2008): Wissenserzeugung zwischen Wissenschaft und Politik – ein Vergleich gewerkschaftsnaher Forschungsinstitute in Frankreich, Großbritannien und Deutschland, Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Bochum, <http://www.brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/DrescherIna/diss.pdf>
- Dribbusch, H.** (2009): Streik-Bewegungen. Neue Entwicklungen im Arbeitskampf, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22 (4), S. 56–66
- EvaConsult** (2016): Bewertungsbericht zum Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) vom 1. März, Berlin
- Gleitze, B.** (1969): Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, WWI-Studie zur Wirtschaftsforschung (1), 2. ergänzte Aufl., Köln
- Hülsdünker, J.** (1983): Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie, Münster
- Klenner, C./Lott, Y.** (2016): Arbeitszeitoptionen im Lebenslauf, WSI-Study (4), Düsseldorf
- Lauschke, K.** (2005): Hans Böckler. Gewerkschaftlicher Neubeginn, Frankfurt a. M.
- Markmann, H.** (2010): Erinnerungen: Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf
- Markmann, H./Spieker, W.** (1986a): Vorwort, in: Markmann, H./Spieker, W. (Hrsg.): Wissenschaft für Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Köln, S. 7–18
- Markmann, H./Spieker, W.** (1986b): Wissenschaft für Arbeitnehmer und Gewerkschaften. 40 Jahre WWI/WSI im Spannungsfeld von Gewerkschaften, Wissenschaft und Öffentlichkeit, in: WSI-Mitteilungen 39 (3), S. 120–130
- Mertsching, Klaus** (2006): 60 Jahre WWI/WSI – Wissenschaft im Dienst von Arbeitnehmern und Gewerkschaften, https://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/newsletter/newsletter/NL_2006/NL_02_2006/html22006/wwi.html
- Naphtali, F.** (1928): Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin
- Peter, G./Zwingmann, B.** (Hrsg.) (1982): Humanisierung der Arbeit. Problem der Durchsetzung, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung (47), Köln
- Pfarr, H.** (2006): 60 Jahre WSI: Wirtschafts- und Sozialforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gewerkschaften, Eröffnungsrede für das WSI-Herbstforum 2006 am 7.-8.12.2006 in Berlin, unveröffentlichtes Manuskript
- Potthoff, E.** (1946): Kurzes Memorandum über die Aufgaben und Besetzung der Planungs- und Forschungsstelle der Gewerkschaften, Manuskript vom 7.5., Archiv der sozialen Demokratie (AsD), DGB-Archiv, Bestell-Nr.: 11/230, Film-Nr.: 81/18
- Robinson, J.** (1949): Probleme der Vollbeschäftigung, Übersetzung hrsg. vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Köln
- Schulten, T./Bispinck, R./Schäfer, C.** (Hrsg.) (2005): Mindestlöhne in Europa, Hamburg
- Sjöberg, S.** (2006): Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, in: Utopie kreativ (186), S. 311–322
- Stahmer, C.** (2010): Organisatorischer Neuanfang und erste Berechnungen. Frühgeschichte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Westdeutschland, in: Wirtschaft und Statistik 2/2010, S. 179–195
- Tenfelde, K.** (2007): Gewerkschaft, Wissenschaft, Mitbestimmung. Von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des ADGB bis zum WSI in der Hans-Böckler-Stiftung – Stationen und Funktionen eines gewerkschaftlichen ThinkTanks, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (38), S. 45–59
- WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut)** (1972): Tätigkeitsbericht 1969–1971, Düsseldorf
- WSI** (1978): Krise der ökonomischen Theorie – Krise der Wirtschaftspolitik, Dokumentation des WSI Forum am 5./6. Dezember 1977 in Düsseldorf, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung (38), Köln
- WSI** (2001): Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Düsseldorf/Stadtbergen/Berlin

WSI-Mitteilungen (1984): Arbeitsmarktpolitik im Dienste der Umverteilung: Schwerpunkttheft 10/1984

WSI-Mitteilungen (1986): Zukunft der Arbeit: Schwerpunkttheft 3/1986, Jubiläumsheft: 40 Jahre WSI

WSI-Mitteilungen (2003): Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt?: Schwerpunkt-heft 5/2003 http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_24213.htm

WSI-Mitteilungen (2012): Stabilisierung des Flächentarifvertrages – Reform der Allgemeinverbindlicherklärung: Schwerpunkttheft 7/2012, http://www.boeckler.de/wsi-mitteilungen_41244.htm

WWI (Wirtschaftswissenschaftliches Institut) (1949a): Probleme der west-deutschen Wirtschaft, Tätigkeitsbericht des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften für das Geschäftsjahr 1946–1949, Köln

WWI (1949b): WWI Denkschrift zur Mitbestimmung, 21.12.1949, unveröffentlichtes Manuskript, Köln

AUTOREN

REINHARD BISPINCK, Dr., ist Leiter der Abteilung WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut) und zugleich Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ reinhard-bispinck@boeckler.de

ANKE HASSEL, Prof. Dr., ist Wissenschaftliche Direktorin des WSI.

@ anke-hassel@boeckler.de

THORSTEN SCHULTEN, Prof. Dr., leitet im WSI das Referat Arbeits- und Tarifpolitik in Europa.

@ thorsten-schulten@boeckler.de